

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/11951 –**

Landwirtschaft tatsächlich entlasten – Versprechen der Bundesregierung umgehend umsetzen

A. Problem

Die Fraktion der CDU/CSU stellt dar, dass sie infolge der bundesweiten Proteste von Bauernfamilien und weiteren Vertreterinnen und Vertretern der Agrarbranche gegen die Abschaffung der Agrardieselbeihilfen einen Antrag (Drucksache 20/10050) mit Vorschlägen zur Verbesserung der Situation der Landwirte vorgelegt hat. Zudem wurden seitens der Bundesregierung Entlastungen in Aussicht gestellt. Mit der Annahme des Antrags der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, „Landwirtschaft in Deutschland im Dialog zukunftsfähig gestalten“ (Drucksache 20/10057), hat der Deutsche Bundestag beschlossen, „noch im ersten Quartal 2024 konkrete Vorhaben aufzulisten, die der Landwirtschaft Planungssicherheit und Entlastungen geben und bis zum Sommer entsprechende Maßnahmen zu beschließen“. Aus Sicht der CDU/CSU-Fraktion ist es nicht mehr möglich, den vorgestellten Zeitplan einzuhalten und Maßnahmen bis zum Sommer 2024 zu beschließen. Bereits versprochene Entlastungen können durch diese Verzögerung nicht mehr umgesetzt werden und geplante gesetzliche Maßnahmen werden die steuerliche und bürokratische Belastung der Landwirte noch erhöhen.

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, noch vor der parlamentarischen Sommerpause 2024 einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem insbesondere die steuerliche und bürokratische Belastung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe spürbar gesenkt wird.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/11951 abzulehnen.

Berlin, den 3. Juli 2024

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Hermann Färber
Vorsitzender

Susanne Mittag
Berichterstatterin

Dr. Oliver Vogt
Berichterstatter

Renate Künast
Berichterstatterin

Dr. Gero Clemens Hocker
Berichterstatter

Frank Rinck
Berichterstatter

Ina Latendorf
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Susanne Mittag, Dr. Oliver Vogt, Renate Künast, Dr. Gero Clemens Hocker, Frank Rinck und Ina Latendorf

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 178. Sitzung am 27. Juni 2024 den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf **Drucksache 20/11951** an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Verkehrsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion der CDU/CSU stellt dar, dass nach den bundesweiten Protesten von Landwirten bereits von ihrer Seite Vorschläge zur steuerlichen und bürokratischen Entlastung der Landwirte vorgelegt wurden. Auch die Bundesregierung hat Maßnahmen angekündigt, die aber noch nicht umgesetzt wurden.

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, noch vor der parlamentarischen Sommerpause 2024 einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem insbesondere die steuerliche Belastung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe abgesenkt sowie deren Liquidität deutlich verbessert wird, die bürokratischen Lasten der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe im Rahmen der Möglichkeiten, die die Gemeinsame Agrarpolitik der EU vorsehen, spürbar abgebaut werden sowie alternative Antriebstechnologien in der Landwirtschaft sowie alternative und nachhaltig erzeugte Kraftstoffe stärker gefördert werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat in seiner 83. Sitzung am 3. Juli 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und der Gruppe BSW bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/11951 abzulehnen.

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 112. Sitzung am 3. Juli 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD und bei Abwesenheit der Gruppe BSW empfohlen, den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/11951 abzulehnen.

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 97. Sitzung am 3. Juli 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD und bei Abwesenheit der Gruppe BSW empfohlen, den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/11951 abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 84. Sitzung am 3. Juli 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/11951 abzulehnen.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat in seiner 80. Sitzung am 3. Juli 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/11951 abzulehnen.

Der **Verkehrsausschuss** hat in seiner 80. Sitzung am 3. Juli 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/11951 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** hat in seiner 79. Sitzung am 3. Juli 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und der Gruppe BSW bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD und bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke empfohlen, den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/11951 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 80. Sitzung am 3. Juli 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und der Gruppe BSW bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/11951 abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 74. Sitzung am 3. Juli 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe BSW gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD und bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke empfohlen, den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/11951 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

1. Abschließende Beratung

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/11951 in seiner 66. Sitzung am 3. Juli 2024 abschließend beraten.

Die **Fraktion der SPD** verwies auf die zahlreichen Änderungen und Verbesserungen für die Landwirtschaft, die die Bundesregierung und die Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP auf den Weg gebracht hätten. Diese Maßnahmen würden von Landwirten begrüßt. Der Antrag sei daneben nicht erforderlich. werden. Die Forderungen der Fraktion der CDU/CSU seien zudem hinreichend unkonkret, damit nicht festgestellt werden könne, was bereits alles umgesetzt sei.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hob hervor, dass die bisher von der Bundesregierung auf den Weg gebrachten Regelungen und Maßnahmen im Bereich der Landwirtschaft nicht zur Verbesserung der finanziellen Situation der landwirtschaftlichen Betriebe beitragen würden. Einen Vorteil nur für Weidetierhalter ins Auge zu fassen und alle anderen Grünlandbauern außer Acht zu lassen, sei unangemessen. Die Bundesregierung dürfe nicht auf der einen Seite den Bauern etwas geben, was sie ihnen auf der anderen Seite doppelt wieder wegnähme.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** entgegnete, dass die Bundesregierung durchaus für Entlastung der Landwirte und Landwirtinnen im Bereich der Bürokratie gesorgt habe. Die Pauschalisierung im Rahmen der Verlängerung der Tarifglättung sei ein gutes Beispiel für Bürokratieentlastung. Auch andere neue Regelungen, die etwa im Agrarorganisationen-und-Lieferketten-Gesetz eingeführt würden, trügen zur Verbesserung der Situation der Erzeuger landwirtschaftlicher Produkte bei.

Die **Fraktion der FDP** wies die Forderungen im Antrag der Fraktion der CDU/CSU an die Bundesregierung zurück. Eine Fraktion, die in der Landwirtschaftspolitik 16 Jahre Verantwortung getragen habe, hätte Maßnahmen für die Landwirte schon längst umsetzen können. Ein rascher, spürbarer Abbau von bürokratischen Lasten für Landwirtschaft sei bereits auf den Weg gebracht, ebenso wie Instrumente zur Verbesserung der Liquidität der land- und forst-wirtschaftlichen Betriebe. Der Antrag habe sich daher überholt.

Die **Fraktion der AfD** legte dar, dass die aktuelle Lage der deutschen Landwirtschaft katastrophal sei. Ein wesentlicher Faktor dafür sei die völlig falsche Energiepolitik, die die Produktionskosten der deutschen Landwirtschaft so massiv nach oben treibe, dass ein wettbewerbsfähiges Wirtschaften so gut wie nicht möglich sei. Es dürfe nicht vergessen werden, dass die deutschen Landwirte auch mit den billigen Importen aus dem Ausland konkurrieren müsse. Hier müsse sich dringend etwas ändern, wenn es auch in Zukunft noch eine starke Landwirtschaft in Deutschland geben solle.

Die **Gruppe Die Linke** hat sich zu dem Antrag über die Beiträge zur Beratung des Gesetzentwurfes auf Drucksache 20/11948 hinaus, die im Ausschuss parallel beraten wurde, nicht inhaltlich eingelassen.

2. Abstimmungsergebnis

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/11951 abzulehnen.

Berlin, den 3. Juli 2024

Susanne Mittag
Berichterstatterin

Dr. Oliver Vogt
Berichterstatter

Renate Künast
Berichterstatterin

Dr. Gero Clemens Hocker
Berichterstatter

Frank Rinck
Berichterstatter

Ina Latendorf
Berichterstatterin

